

Archiv

Vorstand der Sozialdemokratischen
Sozialdemokratischer Pressedienst

17. Juli 1964

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XLX 150

Bonn, den 14. Juli 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Die Glut schwelt weiter</u> Triumphator Khrushchev?	25
2	<u>Zum Schutz der Fliehenden</u> Seegrenzschutz im Aufbau	47
3	<u>Noch immer Härten und Ungerechtigkeiten</u> Die Lage der Sudetenendeutschen in der Bundesrepublik Von Karl Riegel KdK	67
4	<u>Bezahlter Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer</u> Ein Erfolg des SED-Bundestagsabgeordneten Hans Seifritz	7
5	<u>Spanische Zähler</u> Beschreckende Erbschaft der Franco-Diktatur Von Peter Blachstein, KdK	51
6	<u>Pernost-Krieg</u> Kann es ein Nordvietnam? Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch	43

* * *

Zur Zeit verantwortlich: Albers Exler

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170
Telefon: (0 22 21) Geschäftsführung 2 19 01, App. 319 • Redaktion: 2 18 33 • Telex: 8 886 690
Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Die Glut schwelt weiter

Triumphator Erhard ?

sp. Nach außen hin hat Bundeskanzler Erhard über die Frondeure innerhalb seiner eigenen Partei triumphiert. Zu der von Strauß und Adenauer gewünschten Präsidiumssitzung der CDU/CSU ist es nicht gekommen, die beiden Parteivorsitzenden mußten klein beigeben. Erhard hält das Hoffen in der Hand. Er will sich nicht an die Kandidare nehmen lassen. Seine Abkündigung, man möge ihn doch durch ein konstruktives Mißtrauensvotum abführen, nahm den Frondeuren den Atem; die Aussicht, den nächsten Bundesparlamentswahlkampf ohne die Wahllokomotive Erhard zu führen, zwingt seine innerparteilichen Gegner zur Zurückhaltung. Sie bezogen Reservestellungen, um den nächsten Angriff besser und wohlgerüsteter zu führen.

Der Bundeskanzler Erhard hat in seiner Münchener Rede starke Worte verwendet. An starken Worten war er noch nie verlegen. Sie fließen ihm leicht aus dem Mund. Aber auf starke Worte allein kommt es heute nicht mehr an; jetzt muß Erhard beweisen, daß er auch zu regieren versteht und als Steuermann des Regierungsschiff durch stürmische Gewässer führen kann.

Die Europa-Vorschläge des Präsidiums der Deutschen Sozialdemokratie sind eine gut fundierte Grundlage für Bemühungen, den Stillstand in der Europapolitik, so weit es von deutschen Möglichkeiten und Initiativen abhängt, zu überwinden. Große Sprünge kommen derzeit einfach nicht in Frage, umso wichtiger erscheinen die kleinen Schritte. Die Unionen selbst sind infolge ihrer inneren Zerrissenheit nicht in der Lage, schöpferische Beiträge zu leisten. Sie sind zur Passivität verurteilt. Was der eine Flügel will, ist unvereinbar mit dem, was der andere Flügel erstrebt und für die deutsche Politik als notwendig hält. Die widerstrebenden Kräfte innerhalb der Fraktionsparteien haben sich gegenseitig auf, die Glut schwelt bei ihnen weiter.

Die Vorschläge der Deutschen Sozialdemokratie für eine aktive Europapolitik weisen in die Zukunft. Sie orientieren sich am Möglichen und sind wohl geeignet, der festgefahreten Diskussion um Europa neue lebendige Impulse zu verleihen. Es würde dem Bundeskanzler gewiß nicht schaden, sie in seine Überlegungen miteinzubeziehen. Aber ist er auch stark genug, sich der Fesseln zu entledigen, die ihn durch die Forderung innerhalb seiner eigenen Partei auferlegt wurden?

Zum Schutz der Flüchtenden

Seegrenzschutz im Aufbau

rg -- In der Lübecker Bucht zwischen Fehmarn und Travemünde wird wieder ein Bundesgrenzschutz zur See aufgestellt, um den Bewohnern der sowjetisch besetzten Zone, die über die Ostsee fliehen, zu helfen. Der damalige Seegrenzschutz war 1956 mit rund tausend Beamten und dreißig kleineren Booten von der Bundesmarine übernommen worden und hatte sozusagen als Aufbauzelle für die Marine gedient.

Wären die sowjetischen Behörden nicht mit derart rigorosen Methoden hinter ihren fliehenden Bürgern her gewesen, wäre es auch nicht zur Aufstellung des neuen Seegrenzschutzes gekommen. Nachdem aber auf der anderen Ufer der Lübecker Bucht Wachtürme, Scheinwerfer und Radarstationen installiert worden sind und beim dänischen Feuerschiff Gedser ein hell erleuchteter ostzonaler Dampfer ohne Kennzeichen als Lockvogel für die Flüchtlinge liegt, war der Aufbau des Seegrenzschutzes unumgänglich geworden.

Die ganze Angelegenheit wurde im letzten Jahr akut, als ein großes dänisches Eisenbahnführerschiff ein Patrouillenboot der ostzonalen Marine daran hinderte, eine junge fliehende Familie mit Gewalt aus dem Radcliboat zu holen. Immer wieder drangen aus den Norden Berichten herüber, in denen von unmenschlichen Verfolgungen die Rede war. Man jagte die Menschen, die zum Teil nur Luftmatratzen, Autoreifen, Radcliboote oder Segeljollen für ihre Flucht in die Freiheit benutzten.

Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, daß das Kleinere Innenministerium in Bonn nachdrücklich die Wiederaufstellung eines Bundesgrenzschutzes zur See verlangte. Am Anfang ist nunmehr daran gedacht, die Boote zu verwenden, die nach dem Krieg unter der Bezeichnung "Weserflotte" von den Amerikanern mit deutscher Besatzung betrieben wurden. Schon in der ersten Aufbauphase werden diese Schiffe zwischen Travemünde und dem süddänischen Hafen Gedser Dienst tun und immer befeuert sein, Flüchtlingen zu helfen, so wie es die humanitären Verpflichtungen völkerrechtlicher Art auf hoher See erfordern.

Zunächst soll nur ein Verband aufgestellt werden, wie der Vorschlag des Bundesinnenministeriums für das Etat 1965 ausweist. Es ist auch fraglich, ob man wieder einen Bundesgrenzschutz zur See in seiner damaligen Stärke erhalten wird, da vom militärischen Aspekt her inzwischen die Bundesmarine vorhanden ist und von der humanitären Seite her auch die Wasserschutzpolizei Schleswig-Holsteins mit einigen Booten verstärkt Dienst tut.

Jedenfalls sieht die erste Aufbauphase sechs Boote der Weserflotte vor, die voraussichtlich in dem ehemaligen Fährhafen Großbrode auf der Halbinsel Oldenburg/Holstein beheimatet sein sollen. Man denkt auch daran, Hubschrauber zu beschaffen, damit die See von der Luft her überwacht werden kann. Die Gesamtkosten für die erste Aufbauphase werden auf 80 bis 85 Millionen DM beziffert. Vorgesehen ist aber schon die Verwendung eines damaligen Bootes der Weserflotte ab August dieses Jahres.

Alle Bemühungen bei der Behandlung der 17. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz, um Absetzen der Unterhaltshilfe-Empfänger unter das Niveau der Sozialhilfe zu verhindern, wurden von den Regierungsparteien vereitelt. Ein Antrag der SPD, Rentenerhöhungen nicht in Anrechnung zu bringen, verfiel der Ablehnung. Eine weitere Ungerechtigkeit ist darin zu sehen, daß die Unterhaltshilfe bei der Hauptentschädigung in Anrechnung gelangt. Das ist eine Benachteiligung der Sozialhilfeempfänger.

Die Vertriebenen- und Flüchtlingswirtschaft ist nach neueren Ermittlungen nach wie vor anfallig. Das Eigenkapital ist zu gering, der Deckungsgrad des Anlagevermögens nicht ausreichend. Der Anteil des Fremdkapitals und die daraus erwachsenden Zins- und Tilgungsverpflichtungen haben eine hohe Belastung zur Folge. In den ersten Tagen des Juni wurde ein Schlußgesetz zu der (Bier-)Gesetzgebung von Deutschen Bundestag in erster Lesung beraten. Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf wird den Anforderungen eines Abschlußgesetzes nicht gerecht. Die Bundestagsfraktion der SPD wird sich dafür einsetzen, daß die bestehenden Härten und Ungerechtigkeiten beseitigt werden.

+ + +

Bezahlter Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer

Ein Erfolg des SPD-Bundestagsabgeordneten Hans S. Seifritz

sp - Die Leitenden Gremien der SPD, Partei-Vorstand, Parteirat und Präsidium haben kürzlich in Berlin die bildungsgeschichtlichen Leitsätze der Partei veröffentlicht, in denen die Forderung nach einem bezahlten Bildungsurlaub von 10 Tagen für alle Arbeitnehmer enthalten ist. Damit hat der Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Seifritz einen neuen Erfolg jahrelanger Bemühungen erzielt, nachdem er die Grundsätze des bezahlten Bildungsurlaubs bereits im Jahre 1959 auf einer Bundestagung des politischen Bildungswerkes "Arbeit und Leben" in Bremen erwirkt hatte. In der Bremischen Bürgerschaft setzte sich besonders der SPD-Abgeordnete Karl Heinz Götte in Namen seiner Fraktion 1962 für das Prinzip des bezahlten Bildungsurlaubs ein und kündigte an, daß die SPD zu gegebener Zeit eine entsprechende parlamentarische Initiative ergreifen wird. Seifritz erklärte zu dem Beschluß der Leitenden SPD-Gremien in Berlin, der Bildungsurlaub sollte allen Arbeitnehmern auf Antrag gewährt werden, die sich bereits an anerkannter Bildungsstätten das nötige Rüstzeug erworben hätten, das sie zur Teilnahme an Lehrgängen und Seminaren beruflicher und politischer Bildung befähige. In welcher Weise Staat und Arbeitgeber zur Finanzierung des bezahlten Bildungsurlaubs beitragen sollen, sei noch Gegenstand eingehender Untersuchungen.

+ + +

Spanische Zahlen

Erschreckende Erbschaft der Franco-Diktatur

Von Peter Blachstein, MdB

Den vor 25 Jahren errungenen Sieg über das eigene Volk hat Franco feiern lassen. Die deutschen Korrespondenten in Madrid und Presse und Rundfunk in der Bundesrepublik haben mitgefeiert. Verschwiegen wurden dabei im allgemeinen die sozialen, kulturellen und politischen Mißstände im Lande. Die spanische Caritas veröffentlichte anlässlich ihrer Nationalversammlung im Oktober 1963 in Madrid einige Zahlen, die ein erschreckendes Bild über die wirkliche Lage des spanischen Volkes geben. An der Richtigkeit der Angaben der katholischen Hilfsorganisation, die sich mit vielen anderen Beobachtungen im Lande decken, ist nicht zu zweifeln.

Drei Millionen Menschen in Spanien sind unterernährt; sechs bis sieben Millionen Spanier verdienen so wenig, daß sie sich gerade davon ernähren können. Am schlechtesten ist die Ernährung der Landerbeiter, der kleinen Landwirte, Pächter und der Industriearbeiter.

Es fehlen in Spanien mehr als eine Million Wohnungen. Einhundertdreißigtausend Familien sind unzureichend untergebracht, davon viele in Hütten und Höhlen.

Drei Millionen Spanier waren 1960 Analphabeten. Dreihundertsechzigtausend Kinder im schulpflichtigen Alter sind nicht eingeschult. Bei einem Bedarf von achtzigtausend Facharbeitern jährlich gibt es nur sechstausend Facharbeiterausbildungsplätze in Fachschulen.

Die sozialen Einrichtungen sind, verglichen mit anderen europäischen Ländern, völlig unzureichend. Auf achthundertsechzig Einwohner kommt nur ein Arzt und auf tausend Spanier entfallen ca. 4,5 Krankenhausbetten. Der größte Teil der sozialen Einrichtungen ist in den Städten konzentriert, so daß die Versorgung auf dem Lande katastrophal ist.

Die Massenauswanderung spanischer Arbeitskräfte nach Frankreich, Deutschland und der Schweiz ist eine permanente Volksabstimmung gegen Franco und sein Regime. Eine noch stärkere Form des Widerstandes sind die Streiks. Madrid versucht möglichst wenig darüber an die Öffentlichkeit kommen zu lassen und die meisten deutschen Korrespondenten sind dabei behilflich. Seit März 1958 entlud sich die Unzufriedenheit der Arbeiter in mehreren Streikwellen, von denen jede einen Monat oder länger dauerte. In Asturien gab es im April/Mai 1962 und im August des gleichen Jahres große Bergarbeiterstreiks, ebenso im Juli/August 1963 und im April 1964. Die Hauptforderungen der Berg- und Metallarbeiter waren: Gewerkschaftsfreiheit, Freilassung verhafteter Gewerkschaftler, Streikrecht, Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen.

Zum ersten Mal 1964 fanden in allen Teilen Spaniens große illegale Maidemonstrationen statt, die vielerorts solchen Umfang hatten, daß die offizielle Presse darüber berichten mußte.

Francos Regime neigt sich seinem Ende zu. Viele und verschiedene Kräfte drängen zu einer Demokratisierung des Landes. Daum keine Hilfe für Franco. Nach Francos Fall wird der Weg Spaniens nach Europa frei.

Fernost-Krieg

. Nummer eins Nordvietnam ?

Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch

General Nguyen Khanh, der Junta-Diktator von Südvietnam, zieht offensichtlich den Vorhang über das Kriegstheater in Nordvietnam hoch. Er läßt die Welt seit gestern wissen, daß reguläre Streitkräfte der Volksbefreiungsarmee Ho Chi Minh - zunächst in einer Stärke von einhundert Tausend Mann - die südvietnamesische Nordprovinz Quang Nam, rund 100 km von Saigon entfernt, überfallen haben. Kriegsgefangene Nordvietnamesen sagen aus, daß die Angriffe von Haiphong aus vorangetrieben werden. "Besondere Maßnahmen sind entsprechend der Planung ausgearbeitet worden", so das Schlußwort des Generals.

Die Planung des U.S. -Fernost-Generalstabs läßt an Klarheit nichts zu wünschen übrig: Im Falle eindeutiger Aggression aus dem Norden tritt der "Stufenplan" in Aktion:

1. Bombardierungen der operativen Zentren des Pathet-Lao in Laos
2. "Rollende Luftangriffe" auf Hanoi, der Hauptstadt Nordvietnams
3. Bombardierungen der "Senetwarries", der Pasen des Nordvietnamesischen Nachschubs jenseits des "Roten Flusses"
4. Die Seeblockade Nordvietnams und zugleich die Landung von Spezialgruppen und der Marineinfanterie an der Nordküste zum Vorstoß auf Hanoi
5. Durch Einsatz modernster konventioneller Waffen und vielleicht auch taktischer Atomwaffen die Wiederzwingung Nordvietnams in "Blitzkrieg".

Rotchina hat mit Gegendrohungen nicht gespart. Neun Kampfdivisionen stehen zur Hilfe der nordvietnamesischen Waffenbrüder in Südkina bereit. Die Raketenabschussbasen Macao und im Raum Hongkong-Aomori sind in erhöhter Alarmbereitschaft. Ho Chi Minh selbst hat gleichfalls noch zahlreichere Bewaffnungen der US-Aufklärung neun Kriegsschiffdivisionen an den Grenzen Nordvietnams aufgestellt. Wenn die letzten Erkundungen zutreffen, steht den USA zu Anfang an Menschen doppelte Übermacht gegenüber, und die Chinesen sind äußerst tapfere Soldaten.

Die Frage allerdings bleibt offen, wann die bereits wieder auf 6 500 Mann verstärkten US-"Ratgeber" den Rat zum Losschlagen erteilen. Das kann jederzeit geschehen. Heute? Morgen? Oder vergehen weitere Wochen und Monate des kalten und heißen Nervenkrieges? Hat General Khanh nur mit Worten gedroht? Seine Erklärung vom 12. Juli 1964 kann welthistorische Bedeutung erlangen, aber sie kann ebenso nichts von konkretem Gehalt haben.

Die "New York Times" zitiert heute die Stimme des Kremles: "China darf sich sowjetischer Hilfe nicht rechnen, wenn es das Abenteuer in Indochina auf die Spitze treibt."

Aber: Nordvietnam ist nicht China!

+ + +